

**Niederschrift
über die 37. Sitzung der
kommunalen Konferenz Alter und Pflege
am 16. August 2023 als Präsenzsitzung
Beginn der Sitzung: 10:05 Uhr
Ende: 11:32 Uhr**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer/ Mitglieder:

Jost Bove (Ratsfraktion SPD/Volt)
Ratsfrau Antonia Frey (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN)
Michael Funke (AOK Pflegekassen)
Nina Joost (Verbraucherzentrale NRW)
Rainer Kloke (Vertretung der Bewohnerbeiräte des DRK)
Monika Meister (Seniorenrat)
Jennifer Metzlauff (AWO Bezirksverband Niederrhein)
Dr. Vera Miesen (Der Paritätische)
Henric Peeters (Caritasverband Düsseldorf)
Dr. Christine Rachner (FDP-Ratsfraktion)
Michael Schmidt (liga wohlfahrt)

Meral Baydar (Amt für Soziales und Jugend)
Matthias Ditges (Amt für Soziales und Jugend)
Andrea Hellendahl (Dezernat 06)
Stephan Glaremin (Amt für Soziales und Jugend)
Mithusha Kaneshamoorthy (Amt für Soziales und Jugend)
Dominique Kok (Gesundheitsamt)
Silke Lua (Amt für Soziales und Jugend)
Anke Müller (Amt für Soziales und Jugend)
Holger Pfeiffer (Amt für Soziales und Jugend)
Bärbel Pudewell (Amt für Soziales und Jugend)
Tim Rankenhohn (Amt für Soziales und Jugend)
Marita Schormann (Gesundheitsamt)
Petra Wolters (Amt für Wohnungswesen)
Paul Zdunek (Amt für Soziales und Jugend)

Referentinnen und Referenten:

Elena Boguslavski (Pflegedienst Mediki GmbH Ambulante Pflege)
Katharina Lehmkuhler (AOK Rheinland/Hamburg)
Ilic Kandov (Pflegedienst Mediki GmbH Ambulante Pflege)
Rebecca Vogel (Gesundheitsamt)

Gäste:

Karl- Heinz Wupper (Amt für Soziales und Jugend)
Rainer Schlaghecken (Caritasverband Düsseldorf)

TOP 1 Begrüßung und Anerkennung der Tagesordnung

Frau Müller begrüßt die Teilnehmenden und entschuldigt Herrn Stadtdirektor Hintzsche.

Sie schlägt vor, die Konferenz Alter und Pflege wieder in Präsenz stattfinden zu lassen, damit es ausreichend Gelegenheit zum direkten Austausch in der Sitzung geben kann.

Als neue Mitglieder werden Frau Metzloff, Geschäftsführerin der AWO Vita gGmbH, für den AWO Bezirksverband Niederrhein e. V., Herr Glaremin, Amtsleiter des Amtes für Soziales und Jugend und Herr Zdunek, Sachgebietsleiter des Bereiches Soziale Infrastruktur und Projekte des Amtes für Soziales und Jugend vorgestellt.

Anschließend begrüßt sie die Gäste der Konferenz Alter und Pflege zur heutigen Sitzung.

Gäste der Sitzung sind:

- Frau Boguslavski und Herr Kandov vom Pflegedienst Mediki gGmbH, die das Projekt Tagespflege Schlossallee vorstellen.
- Frau Vogel vom Gesundheitsamt, die den Hitzeschutzplan C des Gesundheitsamtes vorstellt.
- Frau Lehmkühler von der AOK Rheinland/Hamburg Pflegekasse, die zur Rahmenvereinbarung nach § 113c (5) SGB XI berichten wird.
- Frau Schormann vom Gesundheitsamt wird vom regionalen Patientenforum für die Kommunen im Regierungsbezirk Düsseldorf am 16.06.2023 berichten.

Die Tagesordnung wird anerkannt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung der kommunalen Konferenz Alter und Pflege vom 26. April 2023

Das Protokoll wird in der versendeten Version verabschiedet. Ratsfrau Frey bittet um einen Sachstandbericht zum Gebiet Hansaallee/Schwalmstraße, welches in der Niederschrift unter TOP 4 erwähnt wird. Es interessiert sie, ob es Neuigkeiten zu der Betreibersuche gibt. Frau Müller bietet an, dies unter Tagesordnungspunkt 8 aufzugreifen.

TOP 3 Zusammenlegung des Amtes für Soziales und des Jugendamtes

Herr Stephan Glaremin, Amt für Soziales und Jugend (Anlage 1)

Herr Glaremin stellt sich vor und erläutert, dass er zwischenzeitlich nahezu alle Sachgebiete des Amtes für Soziales kennengelernt habe. Darüber hinaus sei es Herrn Glaremin wichtig, alle Gremien des Amtes für Soziales zu besuchen und sich vorzustellen.

Ziel sei es, Bürgerinnen und Bürger bezogen auf ihre sozialen Unterstützungsbedarfe ganzheitlich in den Blick zu nehmen und Synergieeffekte zu nutzen sowie sozialräumliche Beratungsangebote für alle Angebote zu schaffen.

Es solle eine Beratung vor Ort entstehen, die ihre gesamte Lebenssituation umfasst und ihr familiäres und soziales Umfeld mit einbezieht.

Das bisherige Jugendamt mit circa 2.500 Stellen und das Amt für Soziales mit ungefähr 500 Stellen sollen zusammengeführt werden. Im ersten Schritt wurden beide Ämter unter einer Leitung zusammengeführt. Am 17. August komme man hierzu auch im Rahmen einer Mitarbeiterversammlung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ins Gespräch. In der zweiten Jahreshälfte soll dann die Planung für die Bereiche Leitbild, Leistungen für Bürgerinnen und Bürger, Planung und Verwaltung konkretisiert und die weitere Entwicklung in den Gremien vorgestellt werden.

TOP 4 Örtliche Planung

Vorstellung Projekt Tagespflege Schlossallee

Frau Boguslavski und Herr Ilc vom Pflegedienst Mediki gGmbH stellen anhand einer Präsentation (**Anlage 2**) das Projekt Tagespflege an der Schlossallee vor.

Die Eröffnung einer weiteren Tagespflege an der Schlossallee, die über 15 Tagespflegeplätze verfügen soll, ist für den 1. September vorgesehen. Die Öffnungszeiten werden von Montag bis Freitag von 8 Uhr bis 17 Uhr sein und als Mahlzeiten sind ein Frühstück, ein Mittagessen und ein Nachmittagsnack enthalten. Ein Fahrdienst wird die Gäste zur Tagespflege abholen und zurückbringen.

Die Tagespflege wird in einem Neubau errichtet und durch die Nähe zum Schlosspark Eller und zum öffentlichen Personennahverkehr bietet dieses Objekt vielzählige Ausflugsmöglichkeiten für die Besucher. Das Objekt wurde durch die Bauaufsicht am 27. Juli abgenommen. Die Raumaufteilung und das Tagesangebot wurden anhand der Präsentation erläutert.

Ältere Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Konfession, ihrem Krankheitsbild und ihrer Staatsangehörigkeit sind die Zielgruppe der Tagespflege. Voraussetzung für ihre Aufnahme in die Tagespflege ist die Integrierbarkeit in eine Gruppe. Die Betreuung und die Angebote werden von internen Kräften, Auszubildenden und externen Mitarbeitenden organisiert.

Frau Boguslavski weist auf die regelmäßigen Schulungen für alle Mitarbeitenden zum Umgang mit den älteren Besucherinnen und Besuchern hin.

Herr Peeters möchte wissen, ob es sich bei dem Träger zuvor um einen Pflegedienst handelte.

Frau Boguslavski antwortete, dass der Träger die Tätigkeit als Pflegedienst beendet hat und in Zukunft nur im Bereich Tagespflege tätig sein wird.

Herr Pfeiffer betont, dass es bei guter Planung möglich gewesen sei, das Projekt innerhalb von 8 Monaten fertig zu stellen. Er erfragt, ob es Anfragen oder Ideen zur Erweiterung der Öffnungszeiten auf das Wochenende, Feiertagen oder den Nachtbereich gebe.

Frau Boguslavski erläutert, dass es an einigen Feiertagen eine Betreuung gibt. In der bestehenden Tagespflege werden die Besucherinnen und Besucher gefragt, ob sie an Feiertagen eine Betreuung wünschen. Durch den Personalmangel kann eine Betreuung an den Wochenenden nicht erfolgen. Die Schwierigkeiten bei der Personalakquise haben dazu geführt, dass der Pflegedienst eingestellt wurde und eine Tagespflege angeboten wird. Die Beschaffung des Personals ist bedeutend einfacher, wenn keine Nachtschichten oder Wochenendarbeit anfallen. Möglicherweise können die Synergieeffekte von zwei Tagespflegen dazu führen, dass mehr Personen des Personals die Bereitschaft haben, an Wochenenden und in der Nacht zu arbeiten. Einer solchen Entwicklungen stehe die MediKi-Home nicht abgeneigt gegenüber.

Herr Pfeiffer möchte wissen, ob die genannten Auszubildenden Auszubildende zur Fachkraft für Gesundheit und Krankenpflege sind.

Dies bestätigte Frau Boguslavski.

TOP 5

Hitzeaktionsplan C für Düsseldorf

Frau Vogel vom Gesundheitsamt berichtet anhand ihrer Präsentation (**Anlage 3**) über den Hitzeaktionsplan C.

Bei Plan C handele es sich um ein Verbundprojekt, in welchem Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen in der kommunalen Praxis angewandt werden sollen. Aktuell befinde sich das Gesundheitsamt im Austausch mit Städten in Deutschland und Frankreich, die bei ihrer Hitzeaktionsplanung bereits weiter fortgeschritten sind. Anschließend sei die Anwendung der Handlungsempfehlungen und die Veröffentlichung eines digitalen Rezeptbuches geplant. Das Landeszentrum für Gesundheit Nordrhein-Westfalen koordiniere die Erstellung von zwei Muster-Hitzeschutzplänen für Krankenhäuser und für stationäre Pflege- und Wohneinrichtungen.

Ratsfrau Frey möchte wissen, ob eine Umsetzung des Hitzeaktionsplans erst im Jahr 2025 erfolgen wird, sobald die Politik die bis dahin erarbeiteten Handlungsempfehlungen beschlossen hat. Weiterhin erfragt sie, ob das Gesundheitsamt auch für die Umsetzung des Hitzeaktionsplans zuständig ist.

Frau Vogel antwortet, dass eine Verstetigung ab dem Jahr 2025 geplant sei. Das Gesundheitsamt werde bei Bewilligung der Finanzierung die Umsetzung des Hitzeaktionsplans übernehmen.

Herr Glaremin ergänzt, dass die Handlungsempfehlungen vermutlich so angelegt werden, dass aus ihnen Regelaufgaben erwachsen.

Frau Vogel ergänzt, dass es wichtig sei, dass viele Menschen motiviert werden, sich an der Umsetzung des Hitzeaktionsplans zu beteiligen. Aktuell gebe es keine gesetzliche Grundlage für den Hitzeaktionsplan und die Stadt Düsseldorf entwickle ihn freiwillig.

Herr Peeters erläutert, dass im letzten Jahr 100 Temperaturmessungen in Bewohnerzimmern von stationären Einrichtungen durchgeführt wurden. Die durchschnittliche Temperatur lag bei 28,7 Grad. Seiner Ansicht nach muss sich die Gesetzeslage ändern. Gemäß WTG-DVO ist beim Bau von Pflegeeinrichtungen eine reine Nordlage der Zimmer der Nutzerinnen und Nutzer zu vermeiden. In der Altstadt werde zurzeit eine neue stationäre Pflegeeinrichtung gebaut, deren Dienstzimmer klimatisiert werden muss, damit die Medikamente nicht zu hohen Temperaturen ausgesetzt werden. Allerdings gebe es keine zusätzlichen finanziellen Mittel, um auch die Räume der Bewohnerinnen und Bewohner zu klimatisieren.

Frau Müller fragt, ob es Teil des Hitzeaktionsplans sei, Anregungen für Gesetzesänderungen zu geben.

Frau Vogel antwortet, dass Anregungen für Gesetzesänderungen auf Bundes- oder Landesebene erfolgen müssten.

Frau Müller schlägt vor, das Thema auch im Städtetag zu behandeln. Eventuell könne diesbezüglich eine Arbeitsgruppe gebildet werden.

Herr Pfeiffer stimmt dem Vorschlag von Frau Müller zu. Er erklärt, dass das Wohn- und Teilhabegesetz den Hitzeschutz in stationären Pflegeeinrichtungen nicht konkret thematisiere. Aktuell befinde sich der Landschaftsverband Rheinland im Gespräch mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Thema Klimatisierung von Räumen der stationären Pflegeeinrichtungen. Hierzu gebe noch keine neuen Ergebnisse.

Frau Müller ergänzt, dass diese Thematik auch mit den Mitgliedern behandelt werden könne.

Frau Vogel ergänzt, dass der Hitzeaktionsplan auch auf die Hitzekompetenz der Menschen ziele.

TOP 6

Rahmenvereinbarung nach 113c (5) SGB XI – Personelle Ausstattung in der Pflege und Betreuung, Qualifikation des Personals zum 01. Juli 2023, AOK Pflegekasse

Frau Lehmkühler berichtet über die Auswirkungen der neuen Rahmenvereinbarung anhand einer Präsentation (**Anlage4**), gültig seit Juli. Mit der neuen Regelung werde die einheitliche Fachkraftquote von 50 Prozent durch einrichtungsindividuelle und bedarfsgerechte Qualifikationsstrukturen abgelöst. Zu Beginn Ihres Vortrages gibt Frau Lehmkühler einen kurzen Überblick über das bisherige Verfahren. Im weiteren Verlauf stellt sie die rechtlichen Grundlagen der neuen Regelung vor und gibt abschließend einen Einblick in die Abläufe bei der Einführung und der Umsetzung der neuen Strukturen.

Die Umstellung erfolge sukzessive, je nach Laufzeit der jeweiligen Vergütungsvereinbarung. Alle in bisherigen Verhandlungen vereinbarten Stellen nehme man in die neue Systematik auf. Es werde entsprechend eine Übergangszeit geben. Die dargestellten Regelungen gelten Frau Lehmkühler zufolge für die standardmäßigen Einrichtungen. Spezialeinrichtungen, etwa für Suchterkrankte, seien personell anders ausgestattet, sodass es hier vermutlich abweichende Regelungen geben werde. Dies betreffe höchstwahrscheinlich auch sehr kleine Einrichtungen, eine abschließende Regelung liege hier jedoch noch nicht vor.

Frau Müller bedankt sich für den Vortrag und erkundigt sich, ob es Rückfragen oder Ergänzungen gebe.

Ratsfrau Frey erkundigt sich, wie sich der jeweilige Personalschlüssel sowie die prozentuale Anzahl an mindestens vorzuhaltenden Fachkräften ergebe und wie zwischen den einzelnen Qualifikationen unterschieden werde.

Frau Lehmkühler teilt mit, dass sich der § 113c SGB XI nur auf das Pflege- und Betreuungspersonal in den Einrichtungen beziehe. Je nach Einrichtungsstruktur und Belegungssituation gebe es entsprechende Schlüssel in den einzelnen Qualifikationsniveaus. Dadurch ergebe sich wiederum die Menge der vorzuhaltenden Fachkräfte, die bei einer Vollbelegung vorhanden sein müssten. Daraus abgeleitet bilde etwa eine 80 prozentige Belegung eine Mindestbelegung ab.

Mit dem neuen Personalbemessungsverfahren wird es neben Fachkräften und Hilfskräften zukünftig das weitere Qualitätsniveau der Gruppe mit einjähriger Pflegeassistentenausbildung geben.

Herr Peeters führt aus, dass es sich vorliegend um eine umfassende Änderung der bisherigen Strukturen handele. Die Änderungen hätten

beträchtliche Auswirkungen auf jede einzelne stationäre Einrichtung, gerade für kleinere Einrichtungen. Der Übergangsprozess müsse folglich sehr engmaschig begleitet werden.

Frau Müller ergänzt, dass die Einhaltung der Fachkraftquote durch die WTG-Behörde überprüft werde und man im regelmäßigen Austausch mit den Einrichtungen sei.

Herr Ditges teilt mit, dass auch in Bezug auf den Mangel an Pflegekräften hier erkannt worden sei, dass viele Tätigkeiten in den Einrichtungen durch Hilfskräfte wahrgenommen werden können. Diese würden nun aufgewertet. Es handele sich hier um einen Paradigmenwechsel, der schon deswegen eine gewisse Umsetzungszeit benötige, weil die erforderlichen Hilfskräfte noch gar nicht verfügbar seien.

Ratsfrau Frey stellt fest, dass die Fachkräfte bereits jetzt sehr flexibel seien. Die Neuregelung verlange jedoch allen Beteiligten ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft ab.

TOP 7

Bericht vom Regionalen Patientenforum für die Kommunen im Regierungsbezirk Düsseldorf am 16.06.2023 Selbsthilfevertretung,

Frau Schormann vom Gesundheitsamt berichtet vom Regionalen Patientenforum.

In Düsseldorf gebe es eine vielseitige Patientenbeteiligung in der kommunalen Gesundheitspolitik. Sie finde in den regionalen Konferenzen Alter und Pflege, der Düsseldorfer Gesundheitskonferenzen, der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft, im Seniorenrat sowie im Behindertenrat statt. Es gebe sachkundige Bürgerinnen und Bürger, die als Expertinnen und Experten in den Gremien und Ausschüssen gehört werden. Zunehmend werden ihr zufolge auch in den Kliniken und Krankenhäusern Selbsthilfevertretungen und Patientenbeauftragte, die als Patientenvertretungen eingesetzt sind, eingebunden und dadurch Patienteninteressen und Patientenrechte wahrgenommen. Dabei gehe es immer darum, Gesundheitspolitik von unten nach oben zu betreiben. Die Vertretung in der Konferenz Alter und Pflege erfolge durch die Alzheimer Gesellschaft und das Selbsthilfe-Service-Büro, hier durch Frau Schormann selbst. Der Behindertenrat sei seit kurzer Zeit durch Herrn Hillmann in der Konferenz Alter und Pflege vertreten. Damit die in der Regel ehrenamtlich besetzten Patientenvertretungen in Ihrer Arbeit unterstützt werden, praktisch, aber auch strategisch, gebe es die Koordinierungsstelle der Patientenbeteiligung NRW, die regelmäßig zu den sogenannten Regionalforen einladen. Es gebe fünf Regionaltreffen, den jeweiligen Bezirken zugeordnet, die regelmäßig im Austausch seien. Einmal im

Jahr würden alle Themen und Bedarfe auf einer Jahrestagung zusammengetragen. Die Patientenvertretung sei über den § 140f SGBV auf Bundesebene geregelt und werde auf Landes- und Regionalebene umgesetzt.

In den Gesundheitskonferenzen werde dies über die §§ 3 und 7 ÖGDG geregelt.

Der kommunale Raum sei besonders gut dafür geeignet, Probleme durch direkte Betroffenheit sichtbar zu machen und Lösungen dafür zu suchen. Folgen politischer Entscheidungen zeigten sich oft unmittelbar in den Kommunen. Es gehe um einen niedrigschwelligen Zugang zum Engagement im Gesundheitswesen sowie darum, Menschen für die Arbeit in diesen Gremien zu gewinnen und Ihnen entsprechende Unterstützung anzubieten. Die Themen bei der Sitzung am 16. Juni seien unter anderem die Krankenhausplanung und der derzeitige Stand zum Thema Gesundheitskioske gewesen. Des Weiteren sei informiert worden, dass die Unabhängige Patientenberatung Deutschland zu Stiftungen umgebaut werde. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe nun eine Internetseite zum Thema Post-Covid initiiert. Ebenso behandelt worden sei das Thema barrierefreie Arztpraxen. Die Beteiligung der Initiativen Vertretungen im Gesunde Städte Netzwerk und die Erstellung eines Leitfadens für Patientenbeteiligung seien weitere Punkte gewesen. Die Themen richteten sich immer nach der aktuellen Gesundheitspolitik des Landes NRW. Einmal im Jahr, beim sogenannten Ministergespräch, an dem neben Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann auch die Patientenbeauftragte Claudia Middendorf teilnehme, hätten die Vertretungen die Möglichkeit, ihre Anliegen vorzubringen. Die Einladung erfolge an alle relevanten Patientenvertretungen in NRW. Der nächste Termin finde am 4. Oktober statt.

TOP 8

Verschiedenes

Frau Müller teilt mit, dass für den Betrieb einer Pflegeeinrichtung auf dem Gelände an der Hansaallee weiterhin ein neuer Träger gesucht werde.

Frau Meister erkundigt sich, es bezüglich des Heinrich-Zschokke Hauses in Gerresheim neue Entwicklungen gebe.

Frau Müller teilt mit, dass es hierzu auch eine politische Anfrage gebe, welche im kommenden Ausschuss für Gesundheit und Soziales beantwortet werde.

Frau Lua berichtet über den Tag der pflegenden Angehörigen am Freitag, den 8. September. Das Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz des Amtes für Soziales und Jugend biete erneut eine kostenlose Telefonaktion an.

Daneben werde der Film *Blauer Himmel, weiße Wolken* gezeigt.

Der gleiche Film werde noch einmal zum Start der Woche der Demenz am Montag, den 18. September gezeigt. Das Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz zeigt den Film in Kooperation mit dem Paritätischen und dem Bambi Filmstudio. Ziel sei es, die Öffentlichkeit für die Situation von pflegenden Angehörigen zu sensibilisieren, denn der überwiegende Teil der pflegebedürftigen Menschen werde von Angehörigen im häuslichen Umfeld gepflegt.

Frau Müller ruft dazu auf, die entsprechenden Informationen an die jeweiligen Zielgruppen zu verteilen.

Herr Glaremin informiert über den Stärkungspakt NRW und ruft dazu auf, geeignete Förderzwecke an die Stadt Düsseldorf zu melden.



Anke Müller
(Amt für Soziales und Jugend)



Bärbel Pudewell
(Sachgebiet Gremien)

Anlagen:

Anlage 1 Zusammenlegung Amt für Soziales und Jugendamt

Anlage 2 Projekt Tagespflege Schlossallee

Anlage 3 Hitzeaktionsplan C

Anlage 4 Rahmenvereinbarung nach 113c (5) SGB XI